

Foto: © agenda/Michael Kottmeier



Mindestlöhne am Fließband der Welt

Unternehmen in China sind berühmt berüchtigt dafür, dass die Beschäftigten bei Betriebskontrollen gefälschte Lohnabrechnungen vorlegen (müssen). Für die Inspekture wird eine doppelte Buchführung vorbereitet. Papier ist geduldig und behauptet dann, dass die lokalen Mindestlöhne pünktlich ausgezahlt und Überstunden dem Gesetz entsprechend entlohnt werden. Vorschrift ist das schon seit zwölf Jahren.

Wilde Streiks, kollektive Sabotage oder öffentliche Proteste von „Billigarbeiterinnen“ sprechen eine andere Sprache: sie beklagen, dass keine Mindestlöhne gezahlt werden, dass Lohnrückstände bestehen, Überstunden unentgolten bleiben und „Fehlverhalten“ mit Lohnabzügen bestraft wird. Während die Gehälter von Technikern und Managern seit Mitte der neunziger Jahre ebenso wie

die Lebenshaltungskosten um zehn Prozent jährlich anstiegen, tat sich bei den miesen Löhnen der meisten Arbeitenden nichts. Dagegen stimmten seit 2003 viele Wanderarbeiterinnen mit den Füßen ab: sie kehrten nach dem Neujahrsurlaub nicht in die arbeitsintensiven Exportindustrien an der Küste zurück. Daraufhin wurden die Mindestlöhne merklich heraufgesetzt, um die Industriejobs wieder attraktiver zu machen. Unternehmen, die sie missachteten, sollen zur Zahlung von Rückständen und Strafen verdonnert werden. Seitdem murren einheimische Firmen und ausländische Investoren, vor allem aus Taiwan, über zu hohe Kosten. Sie drohen mit Verlagerung in billigere Regionen im Landesinneren. Dort liegt der Mindestlohn bei 350 Yuan (35 Euro) im Monat, nicht einmal halb soviel wie in Guangzhou (früher Kanton) im Perflussdelta, wo er 780 Yuan beträgt.

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | Mindestlöhne am Fließband der Welt S.1
- China: Neues Arbeitsgesetz S.2

Kommentiert

- | Zur Dialektik von Mindestlöhnen..... S.2

Vorgestellt

- | Dale Forbes; Peter Camin S.3

Aus der Arbeitswelt

- | Arbeitsrechte für den schönen Schein; Löhne zum Leben? S.4
- | Gleicher Mindestlohn in ganz Nordamerika?; Auslagerung angedroht S.5
- | Kinder wollen Recht auf Arbeit S.6

Aus den Projekten

- | Novamed Türkei: Reden statt Regieren; Dialog fördern S.7

Notiert

- | Globale Computer; Schmutzige Kleidung; Gerechte Besteuerung; Gewandeltes Indonesien S.8
- | Terminhinweise, Impressum S.8

Fortsetzung von Seite 1

Zuständig für die Festsetzung der Mindestlöhne sind die städtischen Arbeitsämter. Sie legen für unterschiedliche Bezirke verschiedene Mindestlohniveaus fest. Genau diese Stadt- oder Provinzverwaltungen entscheiden aber auch über Firmenansiedlungen und Zulassung von Investitionen. Von den Wachstumsraten und der Zahl der Arbeitsplätze, die sie am Jahresende vorweisen können, hängen die Karrieren der Parteikader ab.

In Guangzhou sind 400 000 Betriebe mit mehr als sechs Millionen Beschäftigten registriert. 130 Beamte des Arbeitsamts sollen all diese Betriebe überwachen, in Kooperation mit der Einheitsgewerkschaft. Der Leiter des für sein soziales Engagement bekannten Amtes Dong klagt über zu wenig Personal zur Kontrolle der Einhaltung der Mindestlöhne. Kleinere Firmen würden sich gar nicht an die Vorschriften halten, doch auch große erwischte sie immer wieder, so Dong. Kürzlich deckte sein Amt auf, dass sogar McDonalds und Kentucky Fried Chicken ihren Beschäftigten teils nur 60 Prozent des Mindestlohns zahlen.



Foto: © Christa Wichterich

Textilproduktion für den Export

30 000 Beschwerden über Verletzung von Arbeitsrechten und Nichtzahlung von Löhnen gehen jährlich beim Arbeitsamt in Guangzhou ein. Das Amt versucht zu schlichten; zu 80 Prozent geht das zugunsten der Arbeiterinnen aus, sagt Dong. Doch häufig ignorieren Unternehmen schlichtweg die Anordnungen der Behörden oder Geldbußen. Wenn die Beschäftigten den Mut und die Mittel haben, können sie vor Gericht ziehen. Doch die Einheitsgewerkschaft unterstützt sie nur selten dabei. Sie soll als Staatsorgan für „Harmonie“ zwischen Management und Arbeitern sorgen. Unterstützung und Rechtsbeistand finden die Beschäftigten eher bei kleinen Arbeiterzentren, die Aktivisten seit ein paar Jahren außerhalb der Betriebe aufbauen. Sie sind allerdings brutalen Repressionen ausgesetzt. In China muss die Verhandlungsmacht der Beschäftigten durch ein Streik- und Organisationsrecht gestärkt und die Kontrolle der Unternehmen ausgebaut werden. Andernfalls bleiben die Mindestlöhne ein Feigenblatt ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse.

Christa Wichterich



Weitere Informationen:

www.suedwind-institut.de

www.weed-online.org/themen/740087.html



Kommentiert

Zur Dialektik von Mindestlöhnen

Flächendeckende Mindestlöhne sind in Deutschland nach hundertjährigem Dornröschenschlaf ins Zentrum gemeinsamer Gewerkschaftsstrategien gerückt, um eine Mindestsicherung gegen Lohndrückerei und Armutslöhne einzurichten. Über vier Jahrzehnte galt für deutsche Gewerkschaften im internationalen Vergleich die selbstgewisse Devise: „Einen Mindestlohn haben wir nicht und brauchen wir nicht, unsere Mindestlöhne sind die unteren Einkommensstufen der Tarifverträge“. Nun hat die schleichende, zunehmend schmerzhafteste Auszehrung in Teilen der Tariflandschaft im vereinigten Deutschland die Augen geöffnet für oft positive Erfahrungen mit gesetzlichen Mindestlöhnen in europäischen Nachbarländern.

Ein Blick in andere Gegenden der globalisierten Welt, wie er in dieser Ausgabe der „Nord Süd news“ versucht wird, zeigt den Doppelcharakter dieses Instruments für eine soziale und ökonomische Grundsicherung auf. Die eher erfolglosen Beispiele von chinesischen Papiertigern oder Mindestlohnreservaten in multinationalen Sektoren im bettelarmen Kambodscha, die fernen Hoffnungen auf eine Angleichung von sechs Dollar am Tag auf sechs Dollar die Stunde, wie sie an einer Grenzscheide zwischen Nord und Süd, zwischen den USA und Mexiko am anderen Ufer des Rio Grande gehegt werden, verweisen auf die eigentliche Kehrseite: das Fehlen durchsetzungsfähiger und auch durchsetzungswilliger Gewerkschaften.

Im Umkehrschluss gilt: nur dort, wo starke Gewerkschaften durch eigene Kontrollen die Durchsetzung gesetzlicher Bestimmungen über Mindestlöhne gewährleisten können, sind auch einmal soziale Wunder bei der Armutsbekämpfung möglich. Das gilt zum Beispiel für Brasilien unter dem Präsidenten Lula, wo die formellen Einkommen mit dem Mindestlohn multipliziert werden. Dort führte die jüngste spürbare Anhebung des Mindestlohns deshalb nicht nur zu allgemeiner Zufriedenheit von den Industriearbeitern bis zum Richterstand. Erst die Kampagne der Gewerkschaften, Unternehmern auch in weiten Bereichen der Schattenwirtschaft Kontrollbesuche abzustatten, holte Hunderttausende aus dem Armutsumpf.

Jürgen Eckl



Der Autor war bis Januar 2008 Internationaler Sekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes



Foto: © DGB

Jürgen Eckl



Foto: © Uwe Hoering

Guangzhou: Mittagspause vor der Fabrik

Neues Arbeitsgesetz

Seit dem 1. Januar 2008 gilt in China ein neues Arbeitsvertragsgesetz. Es schreibt zum ersten Mal vor, dass spätestens nach vier Wochen Beschäftigung ein schriftlicher Arbeitsvertrag geschlossen werden muss. Das kann auch ein Fristvertrag sein. Ohne schriftlichen Vertrag gilt das Arbeitsverhältnis nach spätestens einem Jahr als unbefristet. Länger als zwei Jahre soll ohnehin keine Befristung dauern. Probezeiten dürfen nach dem neuen Gesetz nicht länger als sechs Monate dauern. Damit hat sich das Arbeitsrecht in China deutlich zugunsten von Arbeitnehmern verbessert. Ende 2007 waren nach Zeitungsberichten 80 Prozent der Beschäftigten in China ohne Arbeitsvertrag. Fraglich bleibt, ob die chinesischen Staatsgewerkschaften solche Ansprüche im Zweifelsfall durchsetzen können.



Vorgestellt

Dale Forbes

Kritik unerwünscht

Er ist noch immer etwas misstrauisch. Warum willst du das wissen, fragt er zurück und kneift dabei skeptisch die Augen zusammen, wenn man sich nach seiner politischen Vergangenheit erkundigt. Dale Forbes, der Gewerkschaftsfunktionär aus Kapstadt, ist 39 Jahre alt und hat Gewerkschaftsarbeit in Südafrika noch unter den Bedingungen der Apartheid kennen gelernt. Politische Arbeit fand damals im Untergrund statt. Über die gab man nicht einfach so Auskunft.

Heute vertritt Dale Forbes die südafrikanische Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst SAMWU bei den Tarifverhandlungen. Arbeitszeit, Gehälter, Urlaubsansprüche müssen in den etwa 280 kommunalen Verwaltungseinheiten angeglichen werden, sagt er. Unter der Apartheid gab es etwa 900 verschiedene Kommunen, alle strikt nach der Hautfarbe der Bewohner getrennt: schwarz, weiß oder „coloured“, wie er. Fast 70 Prozent der Kommunen haben inzwischen die 40-Stunden-Woche eingeführt; das ist für die meisten eine deutliche Verbesserung, sagt Dale.

So richtig zufrieden aber wirkt der Südafrikaner, der sein ganzes Berufsleben in den Gewerkschaften verbracht und selbst schon für wesentlich weniger Geld gearbeitet hat, damit nicht. Eigentlich ist ihm zu neo-liberal, was der Afrikanische Nationalkongress (ANC), selbst bis vor 17 Jahren im Untergrund, aus Südafrika gemacht hat.

Auch seine Gewerkschaft hat in den letzten Jahren heftig gegen die Privatisierungspolitik der Regierung, die auch ihr Arbeitgeber ist, argumentiert und gestreikt. SAMWU steht der Kommunistischen Partei ebenso nahe wie dem ANC.

Für Dale Forbes ist die Privatisierung ein „antidemokratisches Programm“. Der ANC habe sein Versprechen, allen ein besseres Leben zu ermöglichen, gebrochen, sagt er enttäuscht; er gestatte auch in seinen eigenen Reihen immer weniger Abweichung. Ihn zu kritisieren, wird auch in einigen Gewerkschaften nicht gern gesehen; damit hat der Linke vom Kap seine eigenen schlechten Erfahrungen gemacht.

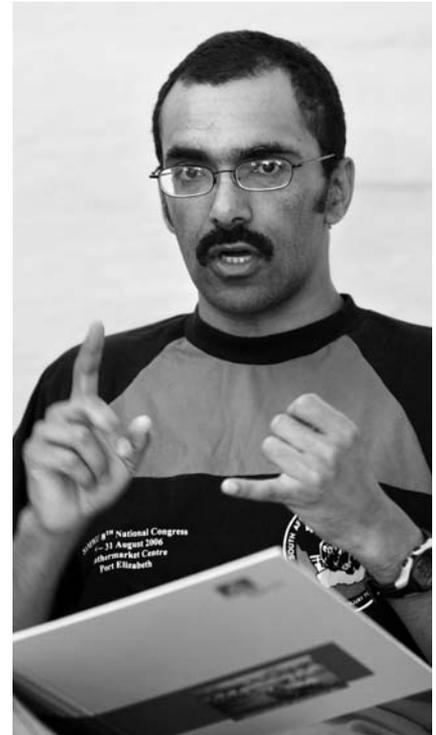


Foto: © Cordula Kropfle

Dale Forbes

Doch eins muss er zugeben: Kritik zu üben ist heute weniger gefährlich als unter der Apartheid.

Sigrid Thomsen

Peter Camin

Gute Nachbarschaft

„Als ich hier anfang, war ich noch Reisender“, sagt Peter Camin von sich selbst. Man kann sich den beinahe schlaksigen Mittfünfziger immer noch ohne Weiteres mit Rucksack vorstellen. Doch „hier“, beim Hamburger Aluminiumwalzwerk, das heute der norwegischen Hydro gehört, ist er sesshaft geworden: Seit 30 Jahren gehört Peter Camin zum Betriebsrat des Walzwerks. Er hat sich auf Umwelt und Arbeitsschutz spezialisiert.

Als sich die Aluminiumwerke in den siebziger Jahren direkt neben den Obstbauern im „Alten Land“ niederließen, gab es Konflikte. „Gladiolen oder Arbeitsplätze, das war wohl die erste Umweltdebatte nach dem Krieg“, erinnert sich der damalige Kernkraftgegner, der vorher monatelang durch Indien und Peru gepilgert war. Hier wollte er Stellung beziehen – im Betrieb.

Die Kollegen waren leicht zu überzeugen, dass auch die Umwelt und die Anliegen der Anwohner wichtig waren – viele kamen selbst aus dem „Alten Land“. Camin, der Elektriker und später

Mess- und Regeltechnik gelernt hatte, wurde schnell ihr Vertrauensmann. Seit vier Jahren ist der Metaller Vorsitzender des Konzernbetriebsrats und freigestellt. Nun reist er wieder und verhandelt weltweit für besseren Arbeitsschutz in der Alu-Produktion. Wenn es allerdings nach Brasilien geht, passt er auf: zum Weltsozialforum oder zu den Kollegen der Aluminiumoxidraffinerie Alunorte in Amazonien, wo Hydro beteiligt ist, fährt er nur im Urlaub und nie auf Kosten der Firma.

Umwelt und Anwohner liegen dem Globetrotter auch fern von der Heimat am Herzen. Am meisten freut ihn der Erfolg ehemaliger Sklaven mitten im Regenwald, denen eine Bauxitmine Ende der neunziger Jahre den Lebensraum nahm. Mit Geistlichen und Wissenschaftlern half er den Investor von den berechtigten Anliegen dieser Nachbarn zu überzeugen – bis sie Besitzrechte erhielten und ins Minenkrankenhaus durften. „Nebenbei“ bekamen auch die Gewerkschaften eine stärkere Position. „Den Durchbruch hat der internationale Druck gebracht“, weiß Camin.



Foto: © Cordula Kropfle

Peter Camin

Demnächst trifft er Kollegen aus den USA und Brasilien, um über Rechte und Normen in seiner Branche zu sprechen.

Sigrid Thomsen



Arbeitsrechte für den schönen Schein

In Kambodscha stehen 2008 Wahlen bevor. Gewerkschafter erhoffen sich davon wenig – sie riskieren zuweilen ihr Leben. Eingehalten wird das Arbeitsrecht nur, wo die Weltgemeinschaft zusieht.

In Kambodscha für eine Gewerkschaft zu arbeiten ist gefährlich. In den harmloseren Fällen werden Gewerkschaftsführer entlassen oder ihre Familien erpresst. Oder man lauert ihnen nach der Arbeit auf und schlägt sie zusammen. Wer die Anerkennung der Arbeiter erlangt hat und mit deren Unterstützung gerechtere Arbeitsbedingungen erreichen könnte, muss mit Waffengewalt rechnen. Erst vor einem Jahr wurde der Gewerkschaftspräsident Hy Vuthy auf dem Nachhauseweg von der Nachtschicht auf offener Strasse erschossen. Die Täter konnten unerkannt entkommen. 1997 wurde das Arbeitsgesetz neu gefasst. Auf den ersten Blick erscheint es akzeptabel. Es legt eine Arbeitswoche auf 48 Stunden fest und begrenzt die Überstunden auf zwei. Es sieht auch vor, dass das Ministerium für Arbeit einen Mindestlohn für sämtliche Arbeitsbereiche festsetzen kann.

Umgesetzt wird das allerdings bisher nur in der Textil- und Schuhverarbeitung. Seit dem vorigen Jahr gilt dort ein Mindestlohn von 50 US-Dollar im Monat. Die meisten der 330 Fabriken richten

sich danach. Mit Überstunden und Bonuszahlungen liegt der Durchschnittsverdienst für die etwa 320 000 überwiegend weiblichen Beschäftigten in der Textil- und Schuhproduktion bei 75 Dollar. Der Regierung, den Textilunternehmern und internationalen Firmen wie adidas, Nike oder H&M ist der gute Eindruck nach außen wichtig.

In anderen Industrien und Arbeitsbereichen gibt es keinen Mindestlohn. Dort liegt der monatliche Verdienst zumeist deutlich unter 50 US-Dollar. Arbeiter im Bau- und Gastronomiegewerbe oder in der Landwirtschaft haben meist noch nie etwas von Höchstarbeitszeiten oder Überstundenbezahlung gehört. Der 24-jährige Rithi erzählt von einer Großbaustelle in einem vornehmlich von Ausländern bewohnten Viertel in Phnom Penh: „Seit zehn Monaten arbeite und wohne ich auf dieser Baustelle. Wir arbeiten sieben Tage die Woche bis zu zwölf Stunden täglich. Ich verdiene 38 Dollar im Monat. Nach Urlaub habe ich noch nie gefragt, ich wüsste auch nicht, was ich dann machen sollte.“

Nach dem kambodschanischen Arbeitsgesetz steht es allen Arbeitnehmern frei, einer Gewerkschaft beizutreten oder eine zu gründen. Gerade in dieser offenen Regelung liegt die Schwäche: Es gibt zu viele Gewerkschaften. Tarifverhand-



Foto: © Roman Awick

Streik wegen Entlassung von Gewerkschafterinnen

lungen oder -abschlüsse sind die Ausnahme. Für Gewerkschafter ist es schwierig, gleichberechtigt mit Fabrikeigentümern und Management zu verhandeln. In zehn Jahren konnten lediglich 43 Haustarifverträge, die meisten davon in der Textilindustrie, abgeschlossen werden. Auch dort allerdings scheuen die Arbeitgeber vor gewerkschaftsfeindlichen Praktiken nicht zurück.

Voriges Jahr wurde der Zuschlag für Nachtarbeit von 200 auf 130 Prozent gesenkt. Wer krank ist, bekommt keinen Lohn; auf Arbeitsschutz wird wenig Wert gelegt. Gegen diese Gesetzesänderung gab es zahlreiche Proteste, doch sie waren vergeblich. Kambodscha ist ein sehr armes Land. Ein Drittel der etwa 13 Millionen Einwohner lebt unterhalb der Armutsgrenze; gut zwei Drittel können nicht lesen und schreiben. 27 Jahre Bürgerkrieg bis 1998 haben tiefe Spuren hinterlassen. Mitte 2008 stehen Wahlen zur Nationalversammlung an. Dass sie für Arbeitnehmer Verbesserungen bringen, wagt niemand zu hoffen.

Roman Awick

 Der Autor ist im Auftrag des Evangelischen Entwicklungsdienstes in Kambodscha für eine Menschenrechtsorganisation tätig.

 Weitere Informationen: www.betterfactories.org

Löhne zum Leben?

In Simbabwe hat sich der Arbeitgeberbund Employers' Confederation of Zimbabwe zur Zahlung von Löhnen auf dem Niveau des Existenzminimums bereit erklärt. Vorher wollten sie allerdings noch prüfen, ob sich die Unternehmen das auch leisten können, sagte ihr Sprecher John Mufukare nach einem Bericht der Tageszeitung „The Herald“ im Januar. Danach haben die Einkommen in Simbabwe bei Weitem nicht mit der Inflation Schritt gehalten. Allein die Preise für Grundnahrungsmittel seien um 1000 Prozent gestiegen. Nach dem Verständnis der Arbeitgeber gehören zum Konzept eines Lohnes, der zum Leben ausreicht, auch Zuschüsse für Wohnung, Transport oder Bildungsmaßnahmen.



Foto: © Roman Awick

In der Textilproduktion werden Mindestlöhne gezahlt: Arbeiterinnen in Kambodscha



Gleicher Mindestlohn in ganz Nordamerika?

Global gleiche Löhne wären das Ende der Standortkonkurrenz auf Kosten der Beschäftigten. Arbeitnehmer in Mexiko fordern das schon mal – für Nordamerika.

„Nordamerika“ sind die Vereinigten Staaten; da sind sich junge mexikanische Gewerkschafterinnen einig. Ihr eigenes Land gehört für sie politisch zum „Süden“. Geografisch aber liegt Mexiko zusammen mit Kanada und den USA in Nordamerika, wirtschaftlich gehört es zur nordamerikanischen Freihandelszone. Die ist geprägt durch ungleiche Lebensverhältnisse, ungleiche Arbeitsverhältnisse und ungleichen Lohn. Eine Koalition aus Gewerkschaften und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft will das ändern: sie fordert gleichen Mindestlohn in ganz Nordamerika.

1994 hat sich der Handel innerhalb der Region verdoppelt, die ökonomische Abhängigkeit Mexikos und Kanadas von den USA ist gewachsen. Mexiko verkauft 85 Prozent seiner Exporte an den nördlichen Nachbarn. Die sozialen Ungleichheiten der drei Nachbarn haben sich allerdings nicht minimiert; die von vielen sehnsüchtig erwarteten Arbeitsplätze in Mexiko sind nicht entstanden.

Doch NAFTA ist nur ein Handelsabkommen. Eine Kampagne unabhängiger Gewerkschaften (FAT, SME oder STUNAM), gewerkschaftsnaher Organisationen (ANAD oder CILAS) sowie radikaler Gruppen der Zivilgesellschaft wie die APPO in Mexiko will „die Integration“ Nordamerikas nicht nur den Marktmechanismen überlassen. Sie fordert einen gerechteren Mindestlohn für Mexiko. Derzeit

gesamten Freihandelszone. Utopisch ist das sicherlich. Die nationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der drei nordamerikanischen Länder sind zu unterschiedlich, der politische Wille seitens der US-Regierung fehlt. Aber es ist auch ein wichtiges Signal für Ansätze einer regionalen Arbeitsmarktpolitik. Mexiko ist das Land der Region mit den stärksten sozialen Ungleichgewichten.



Foto: © Notimex

Grenzzaun zwischen den USA und Mexiko

Der Ruf nach einer regionalen Mindestlohnregelung ist als Reaktion darauf zu verstehen. Die Einführung eines fairen Arbeitsentgelts in Mexiko wäre der erste Schritt in die Entwicklung des eigenen Arbeitsmarktes, in dem beispielsweise Kellner, Müllmänner und Parkwächter überhaupt keinen Lohn erhalten, sondern vom Trinkgeld leben.

Svenja Blanke



Die Autorin ist Büroleiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mexiko



Informationen zur politischen Situation in Mexiko: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/05017.pdf>

Auslagerung angedroht

Der Arbeitgeberverband Confederation of Tanzania Industries will für das ostafrikanische Land keine Erhöhung der Mindestlöhne von 41 auf 140 Dollar akzeptieren. Nach einem Bericht der Zeitung „The East African“ vom Januar kündigen die Unternehmer Arbeitsplatzverluste und die Verlagerung von Investitionen in Länder an, wo Arbeit billiger ist. Bei einem Gespräch mit dem zuständigen Minister beschwerten sie sich über mangelnde Konsultationen und legten Zahlen vor, nach denen in vergleichbaren Ländern wie Kenia die Mindestlöhne ebenfalls nicht solche Höhen erreichten. Nach Auffassung des Industrieverbands sollten die Löhne für die Armen zwar „höher sein als die Beschäftigungsalternativen auf dem Land, aber immer noch zahlbar, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhalten werden soll.“ Eine arbeitsintensive Industrialisierung zur Verringerung der Armut werde durch die Migration vom Land in die Städte erreicht.



Foto: © Friedrich-Ebert-Stiftung

Wunschtraum eines Arbeiters in Mexiko: sechs Dollar pro Stunde statt fünf Dollar pro Tag als Mindestlohn

Der Integrationsprozess Nordamerikas ist kaum vergleichbar mit dem der Europäischen Union (EU). Nordamerika verfügt über keine gemeinsamen Institutionen wie die EU und auch keine gemeinsame Integrationspolitik. Dennoch ist die gesellschaftliche Integration bereits weit vorangeschritten: Mehr als 20 Millionen „Mexikaner“ leben mittlerweile in den USA – als US-amerikanische Bürger, als legale „residents“ und als undokumentierte Einwanderer. Ist es für sie das Land der unbegrenzten Möglichkeiten? Viele Mexikaner würden eher pragmatisch antworten: die USA sind das Land mit etwa sechs US-Dollar Mindestlohn pro Stunde, Mexiko ist das Land mit etwa fünf Dollar Mindestlohn – aber pro Tag. Seit Abschluss des Freihandelsabkommens NAFTA

beträgt der bundesstaatlich festgelegte Satz 50 Pesos (fünf US-Dollar) pro Tag. Die Kaufkraft des Peso aber hat in den letzten Jahrzehnten stark gelitten. Bedenkt man den aktuellen Preis von etwa zehn Pesos für das Kilo Tortillas, für mexikanische Familien das Grundnahrungsmittel, zeigt sich wie notdürftig das ist.

Der Ruf nach einem höheren Mindestlohn in Mexiko aber soll sich in der globalisierten Wirtschaft nicht kontraproduktiv auf die mexikanische Wirtschaft und Gesellschaft auswirken – indem beispielsweise Investitionen aufgrund der steigenden Löhne zum nördlichen Nachbarn abwandern. Deshalb fordert die Kampagne gleich die Einführung eines einheitlichen Mindestlohns in der



Kinder wollen Recht auf Arbeit

In Bolivien wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die Kinderarbeit nicht unter Strafe stellt. Eine Kindergewerkschaft hat sich gegen internationale Forderungen durchgesetzt. Sie macht einen Unterschied zwischen Arbeit und Ausbeutung.

Moisés Castro schlendert über den Zentralfriedhof von La Paz und sucht Kundschaft. Der zwölfjährige Schüler putzt Grabstellen. „Wenn es gut läuft, verdiene ich 60 bis 80 Bolivianos am Tag“, sagt er, das sind fünf bis sieben Euro. Heute hat er nur 25 Bolivianos eingenommen. Ein Mittagessen kostet fünf Bolivianos, eine Busfahrt einen, ein Kilogramm Hühnerfleisch 15. „Ich arbeite, um mein Essen zu verdienen und meine Eltern zu unterstützen“, sagt Moisés. Zur Schule geht er am Vormittag.

Überall in Bolivien arbeiten Kinder für das tägliche Überleben ihrer Familien: Sie putzen Schuhe, verkaufen Gemüse, Zeitungen oder Süßigkeiten, helfen im Haus oder auf dem Acker. Dass Kinder Verantwortung übernehmen, gehört in der indigenen Aymara-Kultur zur Bildung. Der bolivianische Kinderrechtsverband DNI (Internationale Verteidigung des Kindes) schätzt, dass mehr als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen im ärmsten Land Südamerikas arbeiten. Nach offiziellen Angaben sind es acht Prozent von insgesamt 1,5 Millionen Kindern. Jedes zehnte von ihnen allerdings schuftet in den Minen oder auf den Zuckerrohr- und Paranussplantagen. Manches verkauft gar seinen Körper.



Foto: © agenda/Michael Kottmeier

Grabstellen putzen: ein Gewerbe für Kinder

„Es gibt kein Gesetz, das arbeitende Kinder vor solcher Ausbeutung schützt“, kritisiert Gustavo Álvarez Noa von der Kindergewerkschaft UNATSBO. „Die muss verboten werden, aber jedes Kind muss das Recht haben, sein Geld legal zu verdienen.“ In einem Land, in dem sich die meisten Erwachsenen im informellen Sektor durchschlagen, ist Kinderarbeit normal.



Außenminister David Choquehuanca (links) diskutiert mit Delegierten der Kindergewerkschaft über die neue Verfassung

Gustavo ist 23 Jahre alt. Er arbeitet, seit er denken kann und engagiert sich neben Job und Studium mit der UNATSBO in der Debatte um Boliviens neue Verfassung. „Kinderarbeit ist ein Bildungsinstrument“, steht im Manifest der Kindergewerkschaft. Sie trugen es kurz vor Ablauf der Eingabefrist ins Außenministerium. „Arbeit ist ein Menschenrecht“, betonte der 17jährige Brandon Villalba gegenüber dem Außenminister, „also haben auch wir ein Recht darauf.“

„Kinderarbeit darf nicht verboten werden“, fügte die elfjährige Aracely Álvarez hinzu. Der Außenminister versicherte ihnen, ein Wort bei Präsident Evo Morales einzulegen. „Wir sind nicht in Europa“, sagte der Aymara-Indianer. „Arbeit bedeutet bei uns Bildung.“ Vier Wochen später beschloss die Verfassungsgebende Versammlung das vorläufige Grundgesetz. Artikel 61 verbot zunächst Kinderarbeit. Das entsprach den Forderungen der anderen Gewerkschaften und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen. Brandon und seine Mitstreiter jedoch mobilisierten ihre Anhänger, marschierten vor den Regierungspalast, trafen

sich mit Politikern. Sie wollten nicht in die Illegalität gedrängt werden, wo Verhandlungen über Bedingungen unmöglich sind. Ihr Protest hatte Erfolg: am 9. Dezember 2007 verabschiedete der Konvent das endgültige Grundgesetz. Es verbietet Zwangsarbeit und Ausbeutung von Kindern, Kinderarbeit selbst jedoch nicht. Die Verfassung soll nach einem Volksentscheid im September



Geldverdienen bleibt für Moisés legal

2008 in Kraft treten. Cristina Cardoso, die für das Kinderhilfswerk terre des hommes in Bolivien arbeitet, betrachtet sie als vorläufigen Erfolg: „Wir hoffen natürlich, dass irgendwann der Tag kommt, an dem kein Kind mehr aus wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus arbeiten muss“. Auch Moisés vom Friedhof wird sich freuen. Er kann nun weiter legal Geld für Essen und Ausbildung verdienen.

Constanze Bandowski



Weitere Informationen über Kinderarbeit und Gegenstrategien: www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinderarbeit/index.htm



Novamed Türkei: Reden statt Regieren

Nach mehr als einem Jahr Konflikt sind 85 Frauen bei der Firma Novamed in der Türkei wieder eingestellt worden. Ihre Gewerkschaft Petrol-İs hat den ersten Tarifvertrag in einer Freihandelszone unterschrieben.

Die Gewerkschaft Petrol-İs hat bei der Tochterfirma des deutschen Unternehmens Fresenius in Antalya im Dezember 2007 ihre eigene Anerkennung durchgesetzt: dort wird in Zukunft mit den Arbeitnehmervertretern geredet. Internationale Solidarität hat bei diesem Erfolg eine wichtige Rolle gespielt, sagt Kemal Özkan von der internationalen Gewerkschaft für Chemie, Energie und Bergbau ICEM.

Um Löhne ging es bei dem Hersteller von Teilen für Dialysegeräte nur am Rande – die sind in der Freihandelszone besser als im Landesdurchschnitt und werden in Euro ausgezahlt. Gestört hat die etwa 300 Beschäftigten die autoritäre Art der Betriebsleitung. Am meisten empört waren die überwiegend weiblichen Beschäftigten über den Versuch der Firmenleitung, auf den Zeitpunkt ihrer Eheschließungen und Schwangerschaften Einfluss zu nehmen. Darüber sollen sogar Listen geführt worden sein. 85 junge Frauen traten im

September 2006 in den Ausstand und entfachten mit Solidaritätsdemonstrationen allerhand öffentliche Aufmerksamkeit in der Türkei. Sie sind jetzt in den Betrieb zurück gekehrt.

Während vor Ort die Wogen hochschlugen, versuchten die deutschen Kollegen sie eher zu glätten. „Wir haben darauf verzichtet, den Konflikt bei 7000 Kollegen von Fresenius in Deutschland zu thematisieren“, sagt Volker Weber, Konzernbetreuer von der Giessener Geschäftsstelle der IG Bergbau Chemie Energie (IG BCE), in deren Bereich die Konzernzentrale von Fresenius liegt. „Protestnoten aus der Belegschaft hätten die Tür beim Unternehmen eher wieder zugeschlagen“.

Die internationalen Sekretäre von ICEM und IG BCE setzten auf stille Diplomatie: sie schalteten die Beschwerdestelle der Konzernzentrale und den Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat ein und reisten mehrfach nach Antalya, um Gewerkschaft wie Management an einen Tisch zu bringen. Beide zusammen, die lauten und die leisen Solidaritätsaktionen, haben geholfen, dass zukünftig Anliegen der Arbeitnehmer auf Augenhöhe und vor Ort diskutiert werden.

Sigrid Thomsen



Öffentlicher Protest half den Streikenden

Foto: © Kemal Özkan, ICEM

Sozialdialog fördern

Arbeitgeber in der Türkei werden sich an Gespräche mit ihren Beschäftigten gewöhnen müssen. Zu den Aufnahmekriterien der Europäischen Union jedenfalls gehört die Einhaltung ihrer Sozialcharta. Ein Projekt des DGB Bildungswerks in Zusammenarbeit mit der IG Metall und der Ruhruniversität Bochum zur Förderung des sozialen Dialogs will die türkischen Sozialpartner in diesem Prozess unterstützen.

In Partnerschaft mit der Metallgewerkschaft Birlesik werden von 2006 bis 2009 Seminare und Austauschprogramme organisiert und Materialien erarbeitet, in denen von Informations- und Konsultationsrechten, von Beschwerdeverfahren und Arbeitsschutz die Rede ist. In Kooperation mit der IG Metall gab es im letzten Jahr bereits eine Jugendkonferenz sowie ein Jugendseminar in der Türkei. Ein weiteres Seminar ist im Juni in Deutschland geplant. Ziel ist ein Netzwerk von Beschäftigten bei deutschen Unternehmen und ihren Zulieferern.

Die türkischen Gewerkschafter kommen vor allem aus den Niederlassungen deutscher Firmen in den Industriezweigen Textil-Bekleidung, Holz-Kunststoff und Metall-Elektro. Sie alle sind in globalisierte Produktionsabläufe eingebunden und können zugleich eine Vorbildfunktion erfüllen. Ein Beispiel dafür ist der „Fall Grammer“: Das deutsche Zulieferunternehmen für die Automobilindustrie reagierte zunächst mit Entlassungen und Druck, als sich die Beschäftigten in der Metallgewerkschaft Birlesik Metal Is organisieren wollten. Die Geschäftsführung zog eine konkurrierende Gewerkschaft vor. Zusammen mit der IG Metall sowie dem europäischen und dem internationalen Metallarbeiterbund aber konnten die türkischen Kollegen die Anerkennung ihrer Gewerkschaft durchsetzen. Über die deutsche Unternehmensleitung wurde erreicht, dass in Bursa Ende Januar 2008 ein Tarifvertrag unterschrieben werden konnte.

Hasan Arslan, Projektleiter



Weitere Informationen über das Projekt:
www.nord-sued-netz.de (Projekte, Türkei)



Foto: © Kemal Özkan, ICEM

Wieder eingestellt: Streikende Mitarbeiterinnen von Novamed in Antalya



Notiert

Globale Computer

Der Weg eines Computers – von der Rohstoffgewinnung über die Produktion und Nutzung bis zur Entsorgung – steht im Mittelpunkt eines Bildungsangebots für Schulen sowie gewerkschaftliche und entwicklungspolitische Gruppen. Das Material besteht aus einer CD mit Filmen, Fotos, Grafiken und Planspielen, die in ihrer Anwendung jeweils zehn Minuten bis zwei Stunden dauern und flexibel kombiniert werden können. Außerdem gibt es einen Dokumentarfilm mit dem Titel „Digitale Handarbeit – Chinas Weltmarktfabrik für Computer“, der in 30 Minuten die Arbeitsbedingungen in der PC-Herstellung anschaulich macht. Zielgruppe sind Konsumentinnen und PC-Benutzer ab 15 Jahre. Film und CD können bestellt werden bei der Organisation WEED – Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e. V., die das Bildungsmaterial im Rahmen ihrer Kampagne „PC Global“ zusammen mit Germanwatch herausgibt. Bei Bedarf bieten die Organisationen auch Referenten an, die allein oder mit Unterrichtenden zusammen entsprechende Lerneinheiten gestalten.



Weitere Informationen: www.weed-online.org

Schmutzige Kleidung

Die Discounter Lidl und KiK kommen ihrer Unternehmensverantwortung nicht nach, sagt die Redakteurin einer neuen Broschüre der „Kampagne für Saubere Kleidung“ (CCC), Gisela Burckhardt. Recherchen bei den Lieferanten dieser Ketten in Bangladesch haben massive Verletzungen von Menschen- und Arbeitsrechten zutage gefördert. Mit ihrer Veröffentlichung möchte die Kampagne Konsumentinnen über die Arbeitsbedingungen bei der Herstellung der Billig-Kleidung informieren. Das Heft geht auch auf die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse im Einzelhandel und gewerkschaftliche Gegenstrategien ein. Es ist im Januar 2008 unter dem Titel „Wer bezahlt unsere Kleidung bei Lidl und KiK? Arbeitskraft zum Discountpreis – Schnäppchen für alle?“ erschienen und hat 84 Seiten. Bestellt werden kann es beim INKOTA-Netzwerk.



Weitere Informationen: email: inkota@inkota.de



Angebot für Bildungsveranstaltungen und Aufruf zum Handeln: Titel des Faltblatts zum Projekt „PC Global“

Gewandeltes Indonesien

Das südostasiatische Indonesien, Heimat für mehr als 300 Völker und alle Weltreligionen, ist zugleich das Land mit der größten muslimischen Bevölkerung der Welt und einer rasanten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ausgesetzt. Die ist Gegenstand einer neuen Broschüre des DGB-Bildungswerks mit dem Titel „Länderprofil Indonesien. Demokratischer Aufbruch, gesellschaftlicher Wandel und Folgen der Globalisierung“. Das Heft beschreibt die Umwälzungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft. Die einzelnen Beiträge gehen auf die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Aktivitäten und internationaler Entwicklungszusammenarbeit ein, die von der Globalisierung dramatisch beeinträchtigten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern.



Bestellung: www.nord-sued-netz.de

Gerechte Besteuerung

Fragen der Unternehmensbesteuerung spielen in der Debatte über die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen (corporate social responsibility CSR) bisher fast keine Rolle. Das

soll sich ändern, denn Unternehmen entziehen durch Steuerflucht und Steuervermeidungstricks den öffentlichen Haushalten dringend notwendige Mittel. Als Beitrag zum notwendigen Richtungswechsel in der deutschen und internationalen Steuerpolitik veröffentlicht das DGB-Bildungswerk gemeinsam mit dem Global Policy Forum und terre des hommes eine Broschüre mit dem Titel „Steuergerechtigkeit und Unternehmensverantwortung“. Das Heft dokumentiert Beiträge einer Tagung vom September 2007 zu diesem Thema. Dazu hatte das DGB-Bildungswerk zusammen mit dem CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung und dem Netzwerk Steuergerechtigkeit eingeladen.



Bestellung: www.nord-sued-netz.de

Termine

05.–06.05.2008

Die OECD-Leitsätze in der betrieblichen Praxis: Die sozial verpflichtete Unternehmensführung – wie agiert der Betriebsrat?
| DGB Tagungszentrum Hamburg

04.–09.05.2008

Vom Hinterhof der USA zum Hoffnungsträger der Linken? – Politik und Gesellschaft in Lateinamerika
| DGB Tagungszentrum Hattingen

30.5.–01.06.2008

Brasilientagung der gewerkschaftlichen Aktionsgruppen
| DGB Tagungszentrum Hattingen

01.–06.06.2008

Deutschland, Israel und Palästina: Schuldfragen, Interessen und politische Sympathien im Nahostkonflikt
| DGB Tagungszentrum Hattingen

25.–29.08.2008

Kasseler Sommerakademie zur Gestaltung der Weltwirtschaft
| Universität Kassel

Anmeldung**und Informationen:**

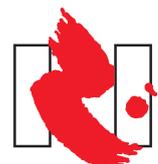
www.nord-sued-netz.de

Impressum

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Verantwortlich: Nina Berg
Redaktion: Sigrid Thomsen
Layout: Achim Konopatzki
Druck: graphik und druck Köln,
gedruckt auf Naturoffsetpapier

DGB Bildungswerk e.V. | Nord Süd Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 02 11/4 30 13 258, Fax: 02 11/4 30 15 00
e-mail: nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
Internet: www.nord-sued-netz.de

**Spendenkonto: SEB Bank AG,
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11**

**DGB BILDUNGSWERK**